

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 848 ppbn d
Telefax: 21 06 94

Inhalt

Christian Müller MdB
zur Notwendigkeit einer
Grenzlandsonderförde-
rung für den Osten
Deutschlands: Euro-
päische Integration
kann nicht an Oder und
Neiße enden.

Seite 1

Dietrich Sperling MdB
zur Diskussion um den
Regierungssitz: Weder
Bonn noch Berlin.

Seite 3

Dokumentation:

Der SPD-Bundestags-
abgeordnete Hans
Büchler, in der vorheri-
gen Legislaturperiode
deutschlandpolitischer
Sprecher seiner Frak-
tion, hielt am 1. Mai im
Rahmen der Mehlemer
Diskussionswoche
einen Vortrag, den wir
in zwei Teilen doku-
mentieren. (Teil I)

Seite 3

46. Jahrgang / 90

14. Mai 1991

Europäische Integration kann nicht an Oder und Neiße enden

Zur Notwendigkeit einer Grenzlandsonderförderung für den Osten Deutschlands

Von Christian Müller MdB

Trotz des Kataloges von Fördermaßnahmen im "Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" stellt sich die Entwicklung in den neuen Bundesländern weiterhin als äußerst verhalten dar. Wenngleich auch die Ministerpräsidenten der östlichen Bundesländer beschlossen haben, keine Differenzierung der Förderung im Osten vorzunehmen, zeichnet sich klar ab, daß bestimmte Gebiete geographisch derart benachteiligt sind, daß sie schon alleine aus diesem Grund schwerer auf "die Beine" kommen werden. In dieser Hinsicht sollten bewährte Instrumente aktiviert werden, die sich, wie z.B. das Zonenrandförderungsgesetz, in ähnlicher Situation bereits als geeignet erwiesen haben, Standortnachteile auszugleichen.

Im Jahre 1971 wurde von der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt die Zonenrandförderung auf den Weg gebracht. Damit wurde der Blick endlich auf die Menschen in der Bundesrepublik gerichtet, die unmittelbar die Auswirkungen der durch Europa gezogenen Trennungslinie zu tragen hatten. Die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten hatte historisch gewachsene, menschlich und wirtschaftlich zusammengehörige Lebensräume auseinandergerissen. Primäres Anliegen der Zonenrandförderung war es daher, die Folgen dieser Teilung und Trennung für die Betroffenen zu mildern und durch die Ermöglichung von grenzüberschreitenden Kontakten die verwandtschaftlichen und nachbarschaftlichen Beziehungen wiederzubeleben.

Die Zonenrandförderung kann aus heutiger Sicht als ein adäquates, wirtschaftlich und politisch erfolgreiches Instrument zur Behebung bzw. Milderung der Benachteiligungen angesehen werden. Sie erst stoppte die starke Fluktuation der Bevölkerung und den stetig stärker werdenden wirtschaftlichen und kulturellen Niedergang der grenznahen Regionen. Mit dem 3. Oktober 1990 sind die immer noch bestehenden Benachteiligungen der ehemaligen Zonenrandregionen jedoch nicht aufgehoben - vielmehr ist das Gebiet der ehemaligen DDR mit seinen dort lebenden Menschen infolge der Umstellung von der Kommandowirtschaft auf die soziale Marktwirtschaft zu einer neuen Zone geworden, die ein in jeder Hinsicht starkes Gefälle zur alten Bundesrepublik aufweist. Das Grenzgebiet zu den östlichen Nachbarstaaten ist in besonderem Maße eine benachteiligte Region. Der Zusammenbruch der

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortlich: Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



bestehenden Wirtschaftsstrukturen führt zur Abwanderung der Menschen, besonders der qualifizierten Arbeitskräfte.

Es ist daher notwendig, daß für dieses Gebiet besondere Fördermaßnahmen ergriffen und alte Förder-systeme, staatliche Subventionen und andere Sonderregelungen überdacht werden müssen, um einen zukunftsweisenden Ausgleich der deutschen Regionen untereinander zu schaffen. Damit können aber auch die Voraussetzungen geschaffen werden für die weitere europäische Integration, die an Oder und Neiße nicht Halt machen darf und wird.

Die Grenzlandförderung bedarf einer doppelten Zielsetzung, die aktuellen und perspektivischen Erfordernissen gerecht zu werden hat. Der unter dem politischen Aspekt der Verschiebung und Öffnung der Grenzen zum Osten wohl einmalige Standortvorteil des Grenzlandes wird sich als Mittel zur europäischen Integration erweisen, wenn dort eine umfassende und attraktive Wirtschafts- und Infrastruktur bereitgestellt wird, die von vornherein so angelegt ist, daß sie die Nachbarn miteinbezieht.

Eines ist von Anfang an klar: Ohne eine gezielte Strukturpolitik werden sich keine Erfolge einstellen. Ein tagespolitischer Erfordernissen verpflichteter Nachteilsausgleich in Form von besonderen Förderanreizen und meßbaren Ausgleichsmaßnahmen allein bietet keine wirkungsvolle Perspektive. Effektive und eindeutige Kriterien der Sonderförderung müssen vor allem an dem doppelten Einigungsauftrag orientiert sein: Herstellung der deutschen Einheit durch eine rasch wachsende Einheitlichkeit des Lebensstandards und des Lebensgefühls und Förderung der europäischen Einigung durch Abbau der Grenzen und Intensivierung einer diese überschreitenden Kooperation zum Vorteil beider Seiten. Die Einheit Deutschlands verpflichtet in besonderem Maße gegenüber Europa, insbesondere gegenüber unseren östlichen Nachbarn. Hier darf keine neue, undurchdringliche Wirtschaftsgrenze entstehen. In diesem Sinne ist die Schaffung eines eigenständigen Instrumentariums zur Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung des Grenzlandes dringend geboten.

Ich schlage daher vor, eine Initiative mit dem Ziel zu starten, von der Insel Rügen über Zittau nach Plauen, Hof und Passau eine Sonderförderung für den grenznahen Bereich zu schaffen. Diese wird sich an dem Instrumentarium der Zonenrandförderung ausrichten und gesetzlich verankert sein. Konkrete Maßnahmen müssen insbesondere gerichtet sein auf die Stärkung der Wirtschaftskraft, die behutsame Sanierung vorhandener und die Ansiedlung neuer Unternehmen und öffentlicher Einrichtungen, die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die Erweiterung der Möglichkeiten des Handels mit den osteuropäischen Staaten, die Verbesserung und dahingehende Anpassung der Infrastruktur, die Ausweitung der Kommunikation auf allen Bereichen zwischen dem Grenzland und seinen Nachbarn, grenzüberschreitende Maßnahmen beispielsweise beim Umweltschutz und vieles mehr.

Der Treuhandanstalt kommt hier eine besondere Aufgabe zu. Das Treuhandgesetz ist dahingehend zu ändern, daß die Treuhandanstalt durch gleichrangige Sanierung und Privatisierung der ihr übergebenen Betriebe solche Wirtschaftsstrukturen schafft, die den Kriterien einer Grenzlandsonderförderung entsprechen. Die strukturpolitischen Besonderheiten des Grenzlandes sind bei allen Entscheidungen der Treuhandanstalt dahingehend zu berücksichtigen, daß die Bedeutung des regionalen Arbeitsmarktes und der regionalwirtschaftlichen Verflechtungen der Förderung des europäischen Einigungsprozesses entsprechen. Betriebe, die eine herausragende Bedeutung für die grenzüberschreitende Wirtschaftsentwicklung haben oder einnehmen könnten, sind von der Treuhandanstalt entsprechend ihrer Funktion in besonderer unternehmerischer Verantwortung weiterzuführen und zu sanieren.

Die wichtige Brückenfunktion des Grenzlandes kann beispielhaft an der im Dreiländereck CSFR-Polen-BRD liegenden Oberlausitz entwickelt werden. Ein erfolgreich verwirklichtes Regionalprojekt "Dreiländereck" würde wegweisend für die politische und wirtschaftliche Integration unserer Nachbarländer in die EG sein. Die derart geförderte stabile Verfassung dieser Länder bildet die Voraussetzung für den wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Austausch mit den Ländern Osteuropas, auch mit Blick auf den kranken Riesen Sowjetunion. Die Unterstützung des Umstrukturierungsprozesses in diesen Staaten liegt im ureigenen Interesse des wiedervereinigten Deutschlands. (-/14. Mai 1991/rs/fr)

Weder Bonn noch Berlin
Zur Diskussion um den Regierungssitz

Dietrich Sperling MdB

Ich war zunächst spontan Anhänger Berlins als Regierungssitz. Begründung: Mittel- und Osteuropa brauchen "näheres Verständnis", Bonn symbolisiert "Westeuropa". Die weitere Debatte machte mich mißtrauisch gegenüber jeder "Symbolik". Ich begann mich dafür zu interessieren, welche realen Veränderungen in der tatsächlichen Landschaft, in unseren Siedlungsräumen, die Hauptstadtentscheidung mit sich bringen würde, physikalisch, chemisch, ökologisch, soziologisch gesehen.

Meine derzeitige Antwort lautet: weder in Bonn noch in Berlin soll der Regierungssitz künftig sein. Der Raum Erfurt/Weimar wäre jenseits aller Symbolik am sinnvollsten. Dort gibt es keine wirkliche Ballung, dorthin fehlt Infrastruktur, um die dahinterliegenden sächsischen und lausitzzugehörigen Räume anzuschließen. Dort würde nicht wie im Fall Berlin eine schon zu dicke Ballung nochmals verstärkt. Dort würde nicht die fatale Sogwirkung entstehen, die mit Berlin verknüpft wäre: Alles geht nach Berlin, nichts mehr nach Schwerin und Rostock, nichts nach Görlitz, Dresden und Leipzig.

Berlin wäre auch lebensfähig ohne den Regierungs- und Parlamentssitz. Kämen die aber dorthin, welche Stadt in Ostdeutschland könnte sich dann noch daneben entwickeln? Dabei geht es nicht um antiföderalistische Traditionen, sondern um Investitionsverhalten der öffentlichen und privaten Hände.

"Für" Berlin bedeutet nach meinem Verständnis - ganz im Gegensatz zu der vorherrschenden Meinung - "gegen" Ostdeutschland. Was die Symbolik angeht: sie hat fatale Irrtümer bewirkt im deutschen Einigungsprozeß. Ich nehme den letzten: Die DM als Symbol der Einheit. Sie mußte wegen des symbolischen Charakters herbei, so wollten es "das Volk" und seine Politiker. Die "technischen", bestens vorausgesagten Folgen: wirtschaftliche und soziale Katastrophe bei den Symbolanhängern.

Eine Entscheidung für Berlin hätte keine anderen Konsequenzen. Es scheint symbolisch richtig "für" Ostdeutschland zu sein. Aber die "technischen" Folgen: Raschester Ausbau der Infrastruktur dorthin unter Vernachlässigung anderer Notwendigkeiten (ich kenne unsere politischen Pappenheimer und unsere journalistischen Einflußnehmer), klare Entscheidung investitionswilliger Unternehmen, dorthin zu gehen, wo Infrastruktur hinführt und obendrein "die Musik spielt", Ausbleiben der Entwicklung anderer ostdeutscher Räume, Abwanderung von dort nach Westdeutschland (wie seit Öffnung der Grenze und trotz - oder wegen - der Währungsunion andauernd).

Aber wer interessiert sich schon für die technischen Folgen seiner Entscheidung, wenn doch Symbolik so publicity-trächtig ist? (-/14. Mai 1991/rs/ff)

DOKUMENTATION

Die friedliche Revolution - Enttäuschung und Erfolg (Teil I)

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Büchler, in der vorherigen Legislaturperiode deutschlandpolitischer Sprecher seiner Fraktion, hielt am 1. Mai im Rahmen der Mehlemer Diskussionswoche einen Vortrag, den wir in zwei Teilen dokumentieren.

Die Ereignisse

Am 23. August letzten Jahres beschloß die Volkskammer den Beitritt der DDR zum Grundgesetz. Zusammen mit der Unterzeichnung des 2+4-Vertrages über die abschließende Regelung des status quo in Deutschland vom 12. September des gleichen Jahres in Moskau markiert der 3. Oktober sozusagen den Schlußpunkt einer 45jährigen Nachkriegsepoche, beendet den Ost-West-Konflikt und die Teilung Europas und bildet schließlich den finalen Stein einer friedlichen deutschen Revolution.

Wer aber nur ein Jahr zuvor, unmittelbar vor dem 40jährigen Jubiläum der DDR, diese Perspektive entwickelt hätte, wäre als politischer Träumer oder Phantast bezeichnet worden. Politik und Wissenschaft

werden noch lange mit der Frage beschäftigt sein, wie es in so kurzer Zeit zur Selbstaufgabe des zweiten Staates in Deutschland und zur Preisgabe nahezu aller überkommenen Dogmen der kommunistischen Deutschlandpolitik kommen konnte.

Die dramatischen Ereignisse und Veränderungen in der DDR seit dem Herbst 1989, die überraschenderweise friedlich verliefen, trafen die Öffentlichkeit in West und Ost gleichermaßen unvorbereitet. Der eruptive Aufbruch tausender von Menschen hat vor allem jene überrascht, die bis dahin gemeint hatten, ein guter Teil der Bevölkerung habe sich mit der DDR arrangiert und wisse die materiellen Vorteile der "entwickelten sozialistischen Gesellschaft" - im Vergleich zu ihren "Bruderländern" - ebenso zu schätzen wie den vom SED widerwillig tolerierten Rückzug in die Privatsphäre, in die "Nische".

Kritische Beobachter, die die diktatorische Herrschaftspraxis der SED bis zum 9. November niemals aus den Augen verloren - ich darf mich in aller Bescheidenheit dazu rechnen - diese Kritiker, die auch aus einer sichtbaren Resignation der DDR-Bevölkerung nicht auf deren Akzeptanz des Systems geschlossen hatten, wurden mehr oder weniger der Realitätsferne oder, weniger erfreulich, gar des "totalitären Antikommunismus" bezichtigt.

Weit verbreitet war auch die irrige Vorstellung, daß die in den vergangenen Jahren verstärkte innerdeutsche Kommunikation mit der Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen sogar mehrfach im Jahr in die Bundesrepublik zu reisen, ein Ventil geschaffen hätte, um all die aufgestaute Unzufriedenheit mit den Zuständen im eigenen Land abzubauen zu können oder wenigstens zu verdrängen. Schließlich glaubte man, daß das weitgehende Sichabfinden des Westens mit dem territorialen und politischen Status quo in Europa und mit der Teilung Deutschlands seine Wirkung in der ehemaligen DDR nicht verfehlt habe. Nicht nur ein Staats-, sondern sogar ein wachsendes eigenständiges Nationalbewußtsein wurde der Bevölkerung in der DDR unterstellt. Das war ein Fehler, wie wir heute wissen.

Denn der mit der Öffnung der Mauer am Abend des 9. November sichtbar eingeleitete und inzwischen vollzogene Zusammenbruch der DDR offenbarte, daß die westdeutsche Öffentlichkeit den politischen und ökonomischen Zustand der DDR sowie die Stimmung und den Grad des Freiheitsbewußtseins der Bürger gänzlich falsch eingeschätzt hatte.

Nicht zuletzt die Borniertheit und Unfähigkeit der SED-Führung, auf das politische Desaster angemessen zu reagieren, veranlaßten schließlich die Bevölkerung, nicht auf eine Erneuerung der DDR innerhalb des sozialistischen Systems, sondern auf die staatliche Vereinigung mit der Bundesrepublik zu drängen. Und dies vehementler und entschiedener, als viele - gerade in der SPD - glaubten.

Die These einiger Literaten und Publizisten und Politiker in beiden Staaten, es existiere in der DDR eine spezifische sozialistische Identität, die in das vereinte Deutschland hinüber gerettet werden müsse, wird inzwischen von der Bevölkerung in den neuen Bundesländern mehr oder weniger ad absurdum geführt. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990, also vor gut sechs Monaten, haben ja nur wenige bereits nach der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 gerechnet. Die Entwicklung in der DDR - vom Rücktritt der alten SED-Regierung bis hin zur Deutschen Einheit - lief in einem zunehmend beschleunigtem, geradezu rasantem Tempo ab. Das enorme Tempo frappierte jeden. Und die Tatsache, daß alle Brüche und Umbrüche friedlich verliefen, grenzte an ein Wunder. Aber allein dieses enorme Tempo des Einigungsprozesses zeigte, daß es mit einer eigenständigen sozialistischen Identität nicht weit her sein konnte.

Zudem: In der DDR rumorte es nicht erst, seitdem die Fälschung des Kommunalwahlergebnisses vom 17. Mai 1989 offenkundig wurde: Die Menschen waren eigentlich seit längerem mit ihrem Staat - vor allem aus wirtschaftlichen Gründen - unzufrieden. Ab Mai 1989 wuchs aber die Zahl der Bürger, die dem zweiten deutschen Staat den Rücken kehrten, zu einer kritischen Größe heran. Gleichzeitig gaben immer mehr Menschen ihrem Unmut unverhohlen und offen Ausdruck, mit viel Zivilcourage und erstaunlich kreativen Formen der Kritik, und versuchten nachhaltig, die politischen Zustände im Land zu ändern. Was ihnen ja dann auch in eindrucksvoller Weise gelang.

Ausgelöst durch die Massenflucht von DDR-Bürgern über die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Osteuropa und die Ständige Vertretung in Ostberlin, überstürzten sich schließlich die Ereignisse in der DDR. Die Menschen gingen vielerorts in Massen auf die Straße, was vorher gänzlich unbekannt

war, reklamierten Bürgerrechte - "Wir sind das Volk" - und wollten den Staat von innen heraus reformieren. Überall bildeten sich Oppositionsgruppen und Bürgerbewegungen. Ich erwähne dies deshalb, so bekannt es auch sein mag, weil es immer wieder erstaunlich ist, sich zu vergegenwärtigen, daß all' dies friedlich ablaufen konnte. Irgendwo grenzte es an ein Wunder.

Im Dezember 1989 multiplizierten sich nochmals die Stimmen tausendfach, die mit der Parole "Wir sind ein Volk" ein vereintes Deutschland forderten. Der Druck von unzähligen Menschen wurde schließlich so groß, daß eine eigenständige DDR immer unhaltbarer wurde. Das Wahlergebnis vom März 1990 ließ daran keinerlei Zweifel mehr. Und wie gesagt: Angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Situation in der DDR einigten sich die Regierungen beider deutscher Staaten auf gesamtdeutsche Wahlen am 2. Dezember 1990 und den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober.

Enttäuschungen

Mein Thema heißt: Die friedliche Revolution - Erfolg und Enttäuschung. Ich will mit den Enttäuschungen anfangen, denn allein die chronologischen Ereignisse eines Jahres, wie ich sie eben geschildert habe, sind natürlich per se ein ungeheurer Erfolg, eine gewaltige Chance für Deutschland, ein Jahrhundertereignis. Wenn man aber von Enttäuschungen spricht, die bei den eben skizzierten Einigungsprozessen auftraten, dann sollte man sich natürlich erst einmal überlegen, ob es solche Enttäuschungen ernsthafterweise überhaupt gibt, wie sie aussehen und wer eigentlich die Betroffenen sind. Die Enttäuschungen in den neuen Bundesländern sind sicherlich andere als die Enttäuschungen eines Oppositionspolitikers, die Enttäuschungen können tausend Ursachen und Gesichter haben. Ein altgedienter Kommunist hat da anderes zu erzählen als ein arbeitsloser Opportunist.

Eine zentrale Enttäuschung gab es sicherlich. Es ist die Grund-Enttäuschung über die Entwicklung nach dem 1. Juli des letzten Jahres, nach der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion, die dazu führte, daß in der DDR die euphorische Stimmung, die seit dem Tag der Maueröffnung zweifellos herrschte, umschlug. Soziale Sorgen vor allem und die Existenzangst vor der Zukunft minderten bei vielen die Freude über die Tage und über die Tatsache der deutschen Einigung. Selbst solche Stimmen wurden und werden laut, die meinen, in der alten DDR wäre es besser gewesen. Viele Menschen fühlen sich durch die unsensible Bonner Politik entwürdigt und entmündigt. Zu offensichtlich ist der Einigungsprozeß von Macht und wirtschaftspolitischen Interessen bestimmt. Zu offensichtlich auch prägen wahltaktische Erwägungen die einheitspolitische Szene mit. Das Gerangel um den Beitrittstermin stand und steht dafür symptomatisch.

Enttäuschungen kann man auch mehr emotional und literarisch fassen. Ich zitiere hier eine längere Aussage von Bärbel Bohley, die mir sehr symptomatisch scheint und die am besten ein Grundgefühl von vielen Menschen in den neuen Bundesländern ausdrückt: "Dieses Land war anders", sagt Bärbel Bohley, "da gab es immer die schweigende Masse. Das große Schweigen in diesem Land. Und ab September (1989) haben die Leute wirklich andere Augen gekriegt. Denen war egal, ob da noch jemand am Tisch saß der von der Staatsicherheit war. Die haben geredet. Die haben sich zum ersten Mal freigeredet und haben anders geguckt und waren sehr stolz auf ihren Mut und hatten auch Grund dazu, stolz zu sein. Weil sie irgendetwas in sich überwunden haben, was sie jahrelang gehemmt hat. Von diesem 'aufrechten Gang' ist jetzt schon so oft gesprochen worden, daß man es gar nicht mehr hören kann, aber es war eine Befreiung, eine innere Befreiung.

Aber dann kam die Berührung mit dem bunten Laden Bundesrepublik. So einfach ist das. Ich sage das, weil ich festgestellt habe, daß sehr viele Dinge wirklich ganz einfach sind - es war einfach eine Gesellschaft, die eingesperrt war, die konnte sich nicht reiben nach draußen. Wir waren ja so isoliert und so abgeschlossen und wir hatten wirklich wie im Knast gesessen. 17 Millionen haben im Knast gesessen! Natürlich war es notwendig, daß die Mauer durchlässig wurde. Es hat ja wahrscheinlich schon viel dazu beigetragen, daß in den letzten Jahren schon viel mehr Leute rübergefahren sind und im Westen gesehen haben was los ist. Aber es gab natürlich die große Mehrheit die nicht gefahren ist. Es geht nicht darum, daß diese Mauer nicht geöffnet werden sollte, aber das geht nicht so! Man kann die Leute nicht ohne einen Pfennig Geld in diesen Westen lassen. Aber so war das doch am 9. November. Die sind dann rüber und haben 100 DM geschenkt gekriegt. Die haben sie nicht von hier gekriegt, sondern die haben sie von Herrn Kohl gekriegt und dann gab es die Blaskapellen, die Bananen, die Dinge, die nachher dann im Wahlkampf hier wiederholt worden sind.

Man kann ganz einfach sagen: Das waren Glasperlen für die Eingeborenen und die haben gewirkt. Was bleibt jenseits dieser Enttäuschung? Auch für diese Leute bleibt von der DDR die Erfahrung, das ist völlig klar. Die Leute haben die Erfahrung mit der Diktatur gemacht. Und sie haben die Erfahrung gemacht, daß sie die Diktatur auch beseitigen können. Sie haben natürlich auch Glück, daß nicht geschossen worden ist. Aber diese Erfahrung haben sie gemacht. Und sie zeigt sich immer wieder, wenn jetzt demonstriert wird, z.B. gegen das Schließen der Akten. Wenn die Leute wieder auf der Straße stehen und sagen, nein, hier werden keine Stasi-Akten zugeschlagen. Wir wollen wissen, wer in dieser Regierung sitzt und wer davon mit der Stasi liiert war.

Noch etwas, was ganz wichtig ist und unbedingt mit rübergenommen werden muß: Das ist die Erfahrung und die wird in dem vereinten Deutschland nicht lange eine große Rolle spielen, die Erfahrung mit der Sicherheit. Obwohl man sich immer nach Freiheit und freiem Wind gesehnt hat, und sich immer eingeengt gefühlt hat, merkt man plötzlich im freien Wind, daß diese Sicherheit doch ganz schön war. Und die hat die Menschen natürlich auch geprägt, dieses Recht auf Arbeit. Das ist so in den Leuten drin, daß ich glaube, es wird in der nächsten Zeit noch wahnsinnig Zündstoff geben, wenn dieses Recht genommen wird.' (Soweit Bärbel Bohley in der Frankfurter Rundschau vom 12.5.1990)

Ich glaube, bei diesen emotionalen Sätzen kommt viel rüber von den Besorgnissen und Enttäuschungen der Menschen in der ehemaligen DDR, die ja die Hauptbetroffenen sind und die wir ernst nehmen müssen. Um diese Enttäuschungen, die sicherlich vorübergehende sein werden, davon bin ich felsenfest überzeugt, zu mildern, habe ich erst kürzlich wieder an die Adresse der Bundesregierung gerichtet, ein paar wichtige Punkte eingefordert:

"Der Osten Deutschlands braucht dringend Rat und Hilfe, aber die Konzepte der Bundesregierung greifen nicht", habe ich öffentlich kritisiert. Sie (die Bundesregierung) hat den Einigungsprozeß zwar dynamisch angepackt und sozusagen an sich gerissen, was völlig richtig war, aber den nachfolgenden gesellschaftlichen Einigungsprozeß hat man aus wahltaktischen Gründen und mangels einer echten Konzeption außer acht gelassen. Die Juristen haben mit deutscher Gründlichkeit auftragsgemäß ein gigantisches Vertragswerk in kürzester Zeit gezimmert. Weil es jedoch im juristischen Denken verhaftet blieb, hat man übersehen oder vergessen, wie das Leben wirklich ist. Man hat vergessen, das Vertragswerk mit Leben zu füllen. Dieser Bundesregierung muß man daher vorwerfen:

Sie wollte einen unvergleichlich komplizierten Prozeß ohne das Fachwissen der Spezialisten gestalten. Die Spezialisten sind z.B. die Leute aus dem ehemaligen innerdeutschen Ministerium. Diese Fachleute hätten Bescheid gewußt, wie das in der ehemaligen DDR aussah und aussieht und was besonders zu beachten ist. Dies hat die Bundesregierung, leichtsinnigerweise oder aus anderen Gründen, versäumt - und jetzt haben wir die sattsam bekannten Schwierigkeiten.

Jeder weiß, daß in den neuen Bundesländern der öffentliche Dienst dringend gebraucht wird - und zwar vom Sekretär und Obersekretär bis hin zu den höchsten Beamten. Meiner Meinung nach müßte konkret jeder siebte des Öffentlichen Dienstes in die DDR versetzt werden. Jeder siebte Platz in den neuen Bundesländern müßte mit Beamten besetzt werden, die die Vorschriften und Verordnungen und Gesetze etc. auch lesen können und gleichviele Beamte müßten in die alten Bundesländer zur Ausbildung kommen. D. h., daß ein Austausch von Hunderttausend Beamten und Angestellten notwendig ist, um die Probleme zu lösen, vor denen wir nun einmal stehen. Diese Zahl von 100 000 öffentlich Bediensteter ist dringend notwendig, wenn das beispiellose Experiment der deutschen Vereinigung gelingen soll. Die Gruppe aus dem ehemaligen innerdeutschen Ministerium wäre dann der richtige Stab für die Bundesregierung, um ein solches Werk auch von Bonn aus richtig zu lenken und zu leiten. Jetzt kostet der Dilettantismus der Bundesregierung uns allen sehr viel Geld und Motivation. In dem Zusammenhang könnte man auch Überlegungen anstellen, in dieses Austauschprogramm Langzeitarbeitslose - in denen sich viele Betriebs-Verwaltungsspezialisten befinden - im Rahmen von ABM-Maßnahmen aufzunehmen. Das dies alles nicht geschieht, ist auch eine Enttäuschung.

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

(-/14. Mai 1991/rs/fr)
